

Erscheint in konkret 10/2021

Bitte nicht weiterleiten. Danke FW

Mao und Mehrwert

In der Volksrepublik China herrscht Staatskapitalismus. Und doch ist der regierungsoffizielle sozialistische Jargon mehr als nur reines Theater. Ein Debattenbeitrag von Felix Wemheuer

In einem Rundumschlag unterstellt Peer Heinelt in **konkret 10/21** einer Reihe von Autoren, sie würden China für ein nichtkapitalistisches Land halten und die Selbstbezeichnung der regierenden Kommunistischen Partei für bare Münze nehmen. Mich hat es überrascht, zum Lager der angeblich Verblendeten gezählt zu werden. In meinem Buch *Die Große Umwälzung* (Papyrossa 2019) und in **konkret 8/18** habe ich zentrale Schritte der Durchsetzung des Kapitalismus in der Volksrepublik seit Anfang der neunziger Jahre analysiert: die Korporatisierung der Staatsunternehmen durch ihre Umwandlung in Aktiengesellschaften, die Kommodifizierung der Lohnarbeit, was zur Zerstörung der alten staatssozialistischen Arbeiterklasse führte, sowie die Entstehung eines großen Privatsektors. Eine Grundlage des urbanen Booms war die legale und illegale Aberkennung der Landnutzungsrechte von Abermillionen Bauern. Nach 2008 förderte die Regierung die Durchsetzung von Großbetrieben und Lohnarbeit in der Landwirtschaft durch die

Liberalisierung des Handels mit Nutzungsrechten an Boden. Privateigentum an Grund und Boden gibt es in der Volksrepublik bis heute nicht.

Ironischerweise ist der Staat die Haupttriebkraft bei der Durchsetzung von kapitalistischen Verhältnissen in der Landwirtschaft. Darüber hinaus ließ die Regierung den Wohnungsmarkt fast vollständig privatisieren sowie Bildung und Gesundheitsversorgung stark kommerzialisieren, was mittlerweile zu finanziellen Belastungen geführt hat, die selbst die neue urbane Mittelschicht kaum tragen kann. Da sich der Staat weiterhin durch Aktienanteile Kontrolle über die wichtigen Banken und einige strategische Schlüsselindustrien sichert, halte ich den Begriff „Staatskapitalismus“ für treffend.

((Initial))

Heinelt unterschätzt die Komplexität der chinesischen Gesellschaft. Er erklärt, dass es egal sei, ob die Kommunistische Partei oder Privatunternehmen die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ kontrollieren würden, da es ohnehin keinen Gegensatz zwischen den superreichen Privatkapitalisten und dem Staat gebe. Im Unterschied zur westeuropäischen Geschichte ist es jedoch nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, dass auch nach Jahrzehnten der Integration Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt keine mächtige Klasse der Bourgeoisie entstanden ist, welche die Übernahme oder zumindest eine Beteiligung an der politischen Macht

einfordert. Dass sich chinesische US-Dollar-Milliardäre zu Delegierten des Nationalen Volkskongress ernennen lassen, kann man angesichts der Funktion des Parlaments, die vorgefassten Beschlüsse in der Regel einstimmig durchzuwinken, als Geste der Unterwerfung werten. Falls ein superreicher Privatunternehmer der Partei als missliebig auffällt, kann er jederzeit im Gefängnis landen und sein Vermögen beschlagnahmt werden. Juristische Vorwände gibt es schließlich genügend, da großer Reichtum selten auf rein legale Weise zustandegekommen ist.

Die Formen der autoritären korporatistischen Einbindung in den Staat sind vielfältig. So untersteht zum Beispiel der offizielle Unternehmerverband, die Allchinesische Föderation für Industrie und Handel, der Einheitsfrontabteilung des Zentralkomitees der KPCh. Staatspräsident Xi Jinping hat deutlich gemacht, dass sich die Sekretäre der Parteizellen in den Privatbetrieben auch an der operativen Leitung der Geschäfte beteiligen sollen. Im Gegensatz dazu hatte Deng Xiaoping, der Vater der Politik „Reform und Öffnung“ von 1978, noch betont, dass die Parteisekretäre die politische Linie im Blick haben, sich aber aus den geschäftlichen Angelegenheiten heraushalten sollten.

Abzugrenzen von den Privatkapitalisten ist die Staatsklasse, die den Funktionärsapparat von Staat und Partei umfasst. Diesen Begriff hatte der

Algerienexperte und Politikwissenschaftler Hartmut Elsenhans entwickelt, um die neuen Eliten zu beschreiben, die nach der Unabhängigkeit im Globalen Süden an die Macht gekommen waren. Die Staatsklassen konnten relativ unabhängig von der nur schwach entwickelten privaten Unternehmerschaft agieren, da sie die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ kontrollierten und sich über die Bürokratie Renten aus Monopolen sowie Teile des Mehrwerts aneignen konnten.

Einerseits konnten sich die Staatsklassen dadurch selbst ermächtigen und bereichern, andererseits standen sie unter Druck, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, die nach dem Sieg der antikolonialen Bewegungen hohe Erwartungen hatte. Von diesem Spannungsverhältnis ist bis heute auch die KPCh geprägt. Im Zuge der Reformen sind viele Parteikader, Staatsbeamte und Armeeangehörige durch Unterschlagung, Korruption oder Kassieren von „Vermittlungsgebühren“ reich geworden. Die Volksbefreiungsarmee baute in den achtziger Jahren zum Beispiel ein eigenes Wirtschaftsimperium auf. Behörden wurden auch selbst wirtschaftlich aktiv. Die Weiterverpachtung des staatlichen Bodens an private Investoren ist eine der Haupteinnahmequellen von vielen lokalen Behörden. Nicht zufällig gilt in China bis heute ein Amt als Schlüssel zum Wohlstand der Familie.

Die Selbstbereicherung der Staatsklasse hatte gegen Ende der Ära Hu Jintao solche Ausmaße angenommen, dass Xi Jinping ab 2013 in seiner ersten Amtszeit als Staatspräsident den Kampf gegen Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern zum Schwerpunkt machte. Der Erfolg dürfte begrenzt sein, da die Führungsriege selbst Teil der Staatsklasse ist.

Heinelt argumentiert, dass der chinesische Staat nur als „ideeller Gesamtkapitalist“ agieren würde, wenn er gegen die Interessen einzelner Kapitalisten handelt. Im Vergleich zum derzeitigen Zustand der europäischen Regierungen könnte man sagen: immerhin. Trotz Selbstbereicherung ist es der chinesischen Staatsklasse in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, viele Ressourcen in neue Infrastrukturen zu investieren. Das ganze Land wurde mit einem Netz aus Schnellzügen, Autobahnen, Internetleitungen und neuen Städten überzogen. Während chinesische Universtitäten an den Stadträndern neue Campusviertel errichten, kann man froh sein, wenn an deutschen Hochschulen Gebäudeschäden behoben werden. In Deutschland scheint es keinen „ideellen Gesamtkapitalisten“ mehr zu geben, der genug Steuern erheben kann, um die bestehende Infrastruktur überhaupt erhalten zu können.

((Initial))

Ein Unterschied zwischen China und anderen Staaten mit gemischten Eigentumsformen in der Wirtschaft -

wie zum Beispiel Großbritannien oder Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg - ist das Erbe der chinesischen Revolution. Die Volksrepublik hätte sich nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 auch als rein nationalistisches Entwicklungsregime legitimieren können. Es gab auch mehrfach Spekulationen über eine mögliche Sozialdemokratisierung. Die KPCh-Führung argumentiert stattdessen, dass sich das Land im Sinne des Historischen Materialismus noch in der Anfangsphase des Sozialismus befinden würde. Im öffentlichen Raum und an Schulen werden die „sozialistischen Kernwerte“ propagiert. Beim Eintritt in die Partei wird der Eid geleistet, lebenslang für den Kommunismus zu kämpfen. Universitäten und Parteischulen beschäftigen Tausende Forschende, welche die jeweils aktuellen Maßnahmen der Regierung im marxistisch-leninistischen Jargon rechtfertigen.

Mit dem emanzipatorischen Ansatz zur Selbstbefreiung von Marx oder mit Maos „permanenter Revolution“ hat die heutige Staatsideologie allerdings nur wenig gemein. Internationalismus und Klassenkampf gehören nicht zu den „sozialistischen Kernwerten“. Der Hauptwiderspruch der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft verlaufe zwischen den „ständig wachsenden Bedürfnissen der chinesischen Bevölkerung nach einem schönen Leben und der unausgewogenen und unzureichenden Entwicklung“, so Xi. Darüber hinaus gibt es keine offiziellen Bezüge zur Staatskritik oder etwa zum Modell der Pariser Kommune als Form der

Selbstverwaltung nach Marx. Was die soziale Zusammensetzung der heutigen KPCh angeht, so ist die Partei von der gebildeten urbanen Mittelschicht dominiert; Menschen mit Hochschulabschluss sind unter den 95 Millionen Parteimitgliedern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert.

Dass sich die Regierungspartei kommunistisch nennt und einen riesigen Apparat zur Produktion von Staatsideologie betreibt, ist dennoch mehr als nur reines Theater. Auch 2021 scheint die Führung der Meinung zu sein, dass sie ihre Avantgarderolle und die Aufgaben im gegenwärtigen Entwicklungsstadium im Jargon eines an die chinesischen Verhältnisse angepassten Marxismus-Leninismus theoretisch begründen muss. Zielgruppe dieser Rechtfertigungen sind zum einen die Angehörigen der Staatsklasse selbst, aber auch die intellektuellen Eliten des Landes. Die Parteiideologie wird nicht zuletzt immer wieder erneuert, um auf Herausforderungen liberaler Strömungen zu reagieren, die für einen „Regimewechsel“ oder weitreichende Privatisierung der Wirtschaft eintreten.

Auch von ihrer eigenen wechselhaften Geschichte hat sich die KPCh nicht losgesagt. Im Gegenteil beschwört Xi in seinen Reden den Geist aus der Zeit des revolutionären Kampfes, um Kader und Beamte zu disziplinieren. Das Erbe und die Versprechen der chinesischen Revolution von einer gerechteren

Gesellschaft sind in Teilen der Bevölkerung noch präsent. Die Parteiführung sieht sich immer wieder gezwungen, auf Unmut in der Bevölkerung zu reagieren, nicht nur mit Repressionen, sondern auch mit sozialen Zugeständnissen. Gegenwärtig läuft zum Beispiel eine Kampagne unter dem Motto „gemeinsamer Wohlstand“, welche „unverhältnismäßige“ und illegal erworbene Vermögen problematisiert.

Das Verhältnis von Staat und Ökonomie der Volksrepublik lässt sich weder in gängige Schemata der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften sortieren, noch im Rahmen gängiger linker Theorien zum Staatssozialismus begreifen. Kaum jemand rechnete damit, dass die Verbindung eines leninistisch-strukturierten Einparteienstaates mit dem Staatskapitalismus das bisher wirtschaftlich erfolgreichste Modell des Kapitalismus im 21. Jahrhundert werden würde. Die „Bürokratie“ galt nicht nur unter Liberalen, sondern auch bei linken Strömungen wie dem Trotzismus stets als Hemmnis. Dagegen zeigt sich in der Volksrepublik China, dass sie auch eine Maschinerie zur gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte sein kann.

Felix Wemheuer ist Professor an der Universität zu Köln. Zuletzt erschien von ihm das Buch *Marktsozialismus: Eine kontroverse Debatte* (Promedia 2021)

